

Interpellation

Gemäss Art. 58
Kantonsratsgesetz

Ausreisezentrum für Asylbewerber im Truppenlager Langis-Glaubenberg, Sarnen

Der Standortentscheid des Bundes zum Betrieb eines Ausreisezentrums für bis zu 240 Asylsuchenden im Truppenlager Langis-Glaubenberg ob Sarnen ist gefallen und soll den Betrieb Mitte 2016 für drei Jahre aufnehmen. Ein reibungsloser, sicherer Betrieb ohne negative Auswirkungen für die Bewohner des Kantons Obwalden und den Tourismusbetrieb im Langis ist von zentraler Bedeutung.

In der jüngeren Vergangenheit haben Asylsuchende in Obwalden an verschiedenen Standorten durch ihr Verhalten bei der Bevölkerung und bei Ladenbesitzern für Unverständnis, Unsicherheit und Besorgnis gesorgt.

Auch die offiziellen mehrheitlich positiven Informationen durch die Behörden betreffend den Betrieb der Asylunterkunft in Alpnach deckten sich nicht immer mit den Rückmeldungen aus der betroffenen Bevölkerung.

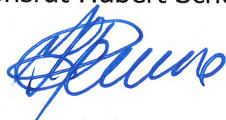
Es gelang den zuständigen Behörden leider nicht immer das nötige Vertrauen aufzubauen, korrekt und transparent zu kommunizieren und das vorhandene Misstrauen zu schmälern oder gar zu beseitigen. Die Obwaldner Bevölkerung ist verunsichert und will wissen, welche Auswirkungen dieses neue Ausreisezentrum für Obwalden hat.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten positiven Auswirkungen für den Kanton Obwalden und die Standortgemeinde Sarnen hat dieses Ausreisezentrum für Asylsuchende des Bundes, wie dies von der Justizdirektorin in Interviews kundgetan wurde?
2. Wie soll das funktionieren, dass traumatisierte Asylsuchende, welche auch noch ausreisen müssen, parallel zu einem Militärbetrieb und zu weiteren Lager wie z.B. dem Schneesportlager in der gleichen Anlage leben müssen?
3. Mit welchen Einschränkungen oder negativen Auswirkungen müssen die bisherigen Nutzer des Truppenlagers Glaubenberg, die Touristen vom Langis und die Bevölkerung der Standortgemeinde Sarnen rechnen?
4. Welche konkreten Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung und der Infrastruktur wird er Kanton Obwalden beim Bund einzufordern?
5. In welcher Form kann der Kanton Obwalden auf das Betreuungs- und Beschäftigungskonzept des Ausreisezentrums Einfluss nehmen?
6. Welche Auswirkungen hat diese permanente Belegung der Truppenunterkunft auf den öffentlichen Personen-Nahverkehr?
7. Wie wird die medizinische Grundversorgung der Bewohner des Ausreisezentrums sichergestellt und welche zusätzlichen Ressourcen werden benötigt?

8. Welche zusätzlichen Ressourcen werden für den Kanton Obwalden z. B. bei der Polizei und bei der Gemeinde Sarnen benötigt und wie werden diese vom Bund abgegolten?
9. Wie wichtig erachtet der Regierungsrat eine zeitnahe, offene, ehrliche und transparente Kommunikation im Zusammenhang mit diesem Asyl-Ausreisezentrum?
10. Wieso hat der Regierungsrat die Mitglieder des Kantonsrats nicht sofort über den Entscheid des Bundes zum Ausreisezentrum Glaubenberg informiert und wieso mussten die Mitglieder des Kantonsrates diese konkrete Neuigkeit aus der Presse erfahren?

Sarnen, 24. Mai 2015
Kantonsrat Hubert Schumacher



Mitunterzeichner:

